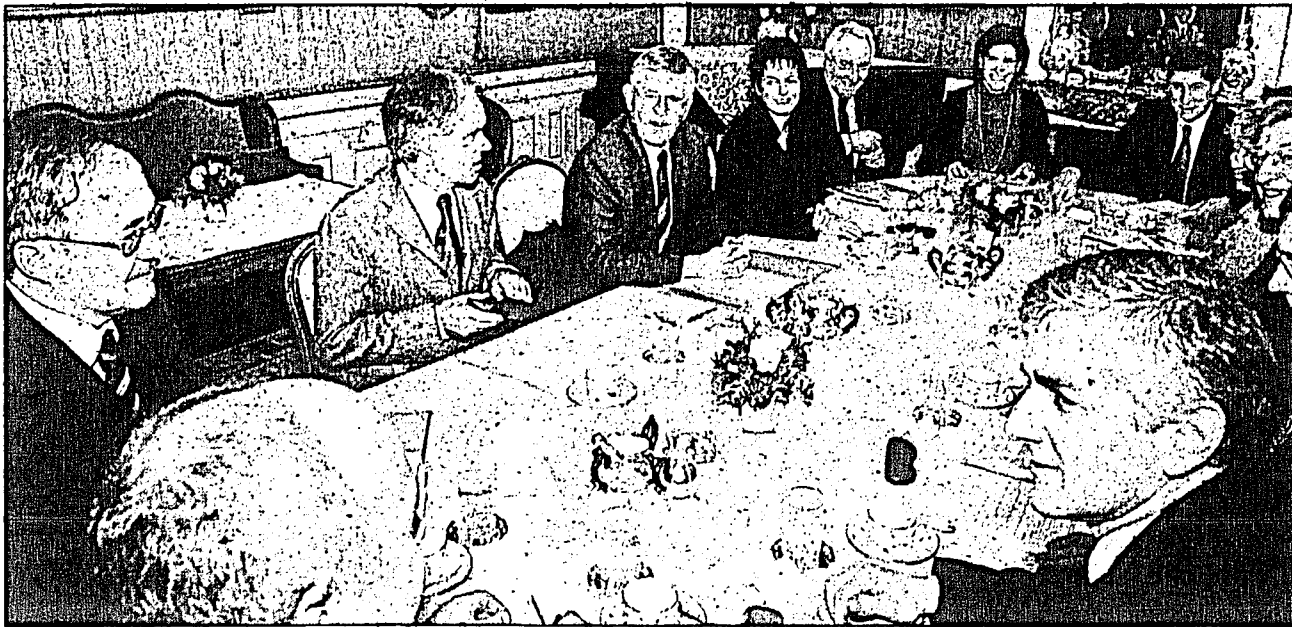


Volkswirtschaftliche Bedenken

Bundesrat und Parteien uneinig über Gotthard-Dosierungssystem

BERN: Landesregierung und Bundesratsparteien in der Schweiz sind sich über die Tauglichkeit des Dosierungssystems am Gotthard nicht einig. Die Bürgerlichen meldeten an den Von-Wattenwyl-Gesprächen vom Freitag volkswirtschaftliche Bedenken an. Der Bundesrat hält hingegen an dem nach seinen Aussagen funktionierenden System fest.

Die Sicherheitsfragen ständen auch für die Bürgerlichen im Vordergrund, sagte CVP-Präsident Philipp Stähelin im Anschluss an die Gespräche vor den Medien. Auf die Dauer könne das Kreuzungsverbot aus volkswirtschaftlichen Gründen jedoch nicht akzeptiert werden, da die Chauffeure vor der Tunneldurchfahrt eine Stunde und länger warten müssten. Die Parteien verlangen, dass der Binnenverkehr, der reine Import und Export sowie verderbliche Waren bei der Abfertigung bevorzugt werden, wie Stähelin ausführte. Dabei müsse die Schweiz ihr Konzept durchziehen ohne Angst vor allfälligen Reaktionen der EU. Zudem sollen die Kontrollen intensiviert und die Strafen für gegen Vorgaben verstossende Chauffeure und Unterneh-



Bundesräte und Parteienvertreter trafen sich gestern zu den traditionellen Von-Wattenwyl-Gesprächen. (Bild: Keystone)

men verstärkt werden. Die fehlbaren Fahrzeuge müssten bereits an der Grenze angehalten werden. «Dass wir den Gotthardtunnel so rasch wieder geöffnet haben, muss von der EU goutiert werden», sagte Stähelin.

Für den Bundesrat ist die Aufhebung des Dosierungssystems kein Thema. Verkehrsminister Moritz Leuenberger habe bei den Gesprächen festgehalten, dass das System funktioniere, sagte

Bundesratssprecher Achille Casanova. 90 Prozent der Chauffeure müssten nur einen kurzen Halt einlegen. Die Kapazität habe mit dem Dreistunden-Rhythmus auf über 3500 Fahrzeuge pro Tag erhöht werden können. Die Sicherheit habe nach wie vor oberste Priorität. Die Anliegen der Parteien, gewisse Güter schneller abzufertigen und die Kontrollen zu verstärken, würden auch im Eidgenössischen Departe-

ment für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) diskutiert. «Eine gesonderte Abfertigung ist erst möglich, wenn die Haltestellen für Lastwagen nicht mehr auf der Autobahn sind», sagte Casanova. Entsprechende Gespräche seien im Gang. Zur Verstärkung der Kontrollen werde über eine entsprechende Unterstützung der Kantone mit LSVA-Geldern nachgedacht.

590 Aussteller an der Ferienmesse

ST. GALLEN: An der 13. Ferienmesse in St. Gallen sind über 590 Ausstellerinnen und Aussteller (Vorjahr 553) aus 5 Erdteilen vertreten. Ehrengast ist dieses Jahr Marokko, wie die Messeleitung am Freitag mitteilte. Das Motto der 13. Ferienmesse ist «Marktplatz mit vielen Ferienideen». Vertreten sind neben Reisebüros und -veranstaltern, Transportunternehmen und Hotels auch Länder mit offiziellen Vertretungen, Sprachschulen und Museen. Dazu kommen Musik- und Tanzpräsentationen, Filme, Vorträge und Fachveranstaltungen, darunter der St. Galler Touristikertag mit dem Thema «Luftverkehr in der Krise – wie rettet sich die Reisebranche aus der Sackgasse?». Die Aussteller belegen 20 000 Quadratmeter oder 17 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Standflächen haben um 5 Prozent auf 10 000 Quadratmeter zugenommen, wie es an der Eröffnung hiess. Die Ferienmesse St. Gallen dauert vom 15. bis 17. Februar. Sie ist am Wochenende von 10 bis 18 Uhr geöffnet.

Für Forschung mit überzähligen Embryos

Innenministerin Ruth Dreifuss bezeichnet Importlösung als heuchlerisch

BASEL: Innenministerin Ruth Dreifuss ist für die Forschung mit überzähligen Embryos in der Schweiz. Die Lösung, nur mit importierten Stammzellen zu forschen, bezeichnet sie in einem Interview mit der «Basler Zeitung» als heuchlerisch. Sie fordert beim Forschungsbudget ein jährliches Wachstum von 6,5 Prozent.

Dreifuss sprach sich im am Freitag veröffentlichten Interview für die sich in Frankreich abzeichnende Lösung aus, nach der im Lande selber neue Stammzellenlinien kreiert werden dürfen. «Verbot der Kreation von Embryos zu Forschungszwecken, aber eine Erlaubnis der Forschung mit überzähligen Embryos», sagte sie. Dabei sei eine Regelung wie in England, wo die entnommenen Stammzellen nach 14 Tagen abgetötet werden müssen, denkbar.

Auch wenn ein Embryo noch kein Mensch sei, so sei er sicher auch keine

Sache, sagte Dreifuss. Die Gesellschaft habe deshalb eine Verpflichtung diesem «Etwas» gegenüber. Darüber müsse eine ethische Diskussion stattfinden, die nicht als eine Art Nebenkriegsschauplatz für schöne Geister betrachtet werden dürfe.

Wenig Verständnis zeigte Dreifuss für die von Deutschland beschlossene Lösung, lediglich die Forschung mit importierten Stammzellen zuzulassen. «Die Importlösung erachte ich als heuchlerisch», sagte sie. Damit lasse sich forschen, ohne dass die bestehenden Gesetze hinterfragt würden. Der Nationalfonds hatte im vergangenen Herbst ein Gesuch von Genfer Forschern für den Import von Stammzellen gutgeheissen.

Dass mit dem Stammzellengesetz, dem Gesetz über die Forschung am Menschen, dem Transplantationsgesetz und dem Gentechnikgesetz zur Zeit fünf Gesetze in Ausarbeitung sind, liegt für Dreifuss in der Definition der Wissenschaft, die das Durch-

brechen von Grenzen umfasse. Wenn der Durchbruch Leben und Würde tangiere, bestehe ein grosses Bedürfnis nach einer gesellschaftlichen und politischen Diskussion. Das Stammzellengesetz soll gemäss früheren Angaben im kommenden Frühling in die Vernehmlassung gehen.

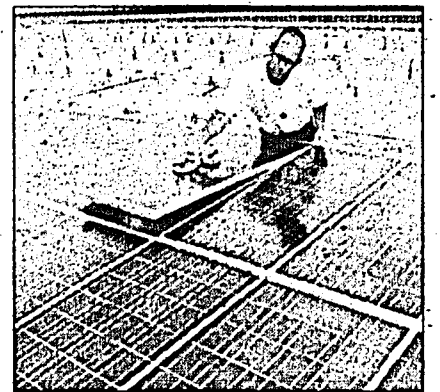
Mehr Forschungsgelder

Beim Forschungsbudget sind sich Dreifuss und Volkswirtschaftsminister Pascal Couchepin gemäss der Innenministerin einig, dass mit einem jährlichen Wachstum im Budget von 6,5 Prozent in der Kreditperiode 2004 bis 2007 das nachgeholt werden könnte, was in den 90er-Jahren wegen diverser Sparübungen nicht realisiert werden konnte. «Von fünf Prozent lässt sich vielleicht sogar der Finanzminister überzeugen», sagte sie. Der Schweizerische Wissenschafts- und Technologierat hatte eine jährliche Steigerung der Ausgaben für die Forschung um zehn Prozent gefordert.

Schweiz verliert Anschluss bei den Alternativenergien

ZÜRICH: Die Schweiz hat im europäischen Vergleich ihre Vorbildfunktion bei der Förderung von Solar- und Alternativenergien verloren. Die Stiftung Solar-Agentur (SAS) hat an einer Tagung in Zürich zu mehr Mut in der Energiepolitik aufgerufen. Kein Land Europas sei heute bei der Energie so vom Ausland abhängig wie die Schweiz, kritisierte SAS-Geschäftsführer Gallus Cadonau an der Promotionsveranstaltung für Alternativenergien am Freitag. Die EU-Länder deckten im Durchschnitt die Hälfte des Verbrauchs selber, die Schweiz könne sich dagegen nur noch zu 15 Prozent aus einheimischer Energie versorgen. Deshalb drohe sie zum energiepolitischen Entwicklungsland zu werden, sagte Cadonau, der die auf nicht erneuerbaren Energien ausgerichtete Politik gelissele und die Ablehnung fortschrittlicher energiepolitischer Vorlagen in den letzten Jahren bedauerte.

Als Rezept gegen die Abhängigkeit wurden diverse Wege zur effizienteren Energienutzung und zur Förderung der Alternativenergien aufgezeigt.



Notwendig seien einheitliche Steueranreize und Förderbeiträge, um dem technisch Möglichen zum Durchbruch zu verhelfen. Und möglich wären heute Häuser, die ihre Energie nicht nur zu 100 Prozent von der Sonne und aus dem Boden beziehen, sondern auch noch hausgemachte Energie an das Stromnetz abgeben. Erst acht Prozent der Neubauten werden heute in der Schweiz nach dem energiesparenden Minergie-Standard erstellt. In der österreichischen Grenzregion Vorarlberg sind es dagegen 66 Prozent, wie ein Referent ausführte.

Spitalreform und Finanzplanung

ST. GALLEN: Das Landwirtschaftsgesetz, das Gesetz über Gewässerunterhalt und Wasserbau, die Spitalreform und der Finanzplan stehen im Mittelpunkt der Februarsession des St. Galler Grossen Rats. Erneut gibt es strenge Sicherheitsvorkehrungen.

Kaum mehr umstritten ist die Spitalreform: Gemäss dem Willen des Parlaments sollen die Spitalverbände als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalten geführt werden. Die Regierung hatte ursprünglich Aktiengesellschaften vorgesehen, was der Grosse Rat im Mai 2001 jedoch ablehnte.

Auf überwiegende Zustimmung stösst der Entwurf der Regierung für ein kantonales Landwirtschaftsgesetz. Es regelt, ergänzend zur Agrarreform des Bundes, Fragen um landwirtschaftliche Ausbildung und Beratung, Innovationsförderung, Absatzförderung, Pflanzenschutz und Strukturverbesserung. Weiter befasst sich der Rat in seiner dreitägigen Session mit dem Gesetz über Gewässerunterhalt und Wasserbau. Die Vorlage wird von den Fraktionen mehrheitlich begrüsst. Für die SVP enthält das Gesetz «noch viele Ungereimtheiten». Die SVP-Fraktion will nicht auf die Vorlage eintreten.

Eher kritisch beurteilt wird der Finanzplan 2003–2005. Die SVP lehnt den Finanzplan ab, weil sie ein Umdenken bei der Ausgabenpolitik vermisst. Die SP-Fraktion betrachtet den Finanzplan als «recht unsichere Grundlage». Wesentliche künftige Ausgaben würden zwar genannt, aber nicht beziffert.

Befürchtungen um das Bankgeheimnis

Neue bilaterale Verhandlungen Schweiz-EU stecken in der Sackgasse

BRÜSSEL: Die neuen bilateralen Verhandlungen Schweiz-EU stecken in der Sackgasse. Ein Ausweg scheint nur möglich, wenn keine Gefahr mehr fürs Bankgeheimnis droht. Dies fordert jedoch Bern und Brüssel einen ausgeklügelten Kompromiss ab.

Raphael Besson

Acht Monate nach Beginn kommen die neuen Bilateralen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) in den Schlüsselfragen kaum vom Fleck. Bern hat in allen zehn Dossiers die nötigen Verhandlungsmandate, auf EU-Seite fehlen dagegen vier.

Das Bankgeheimnis

Zollbetrug, Zinsbesteuerung, Kooperation im Dienstleistungsbereich oder Schengen (Polizei- und Justizzusammenarbeit) – in den vier wichtigsten Dossiers zeigt sich das gleiche Kernproblem: der Schutz der Privatsphäre oder das Bankgeheimnis. Regierung,

Wirtschaftskreise und teils die Parteien fürchten um den Finanzplatz.

Die neuen Bilateralen «berühren überall sensible Fragen» schweizerischer Interessen, sagt Gregor Kündig, Direktionsmitglied des Wirtschaftsdachverbandes economiesuisse. Sie stellen das Bankgeheimnis in Frage, das aber «gesetzlich gut verankert» sei und von der Schweiz verteidigt werden müsse. Auch für Stefan Läubli, Generalsekretär der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz, ist die Verhandlungsblockade «nicht überraschend». Denn «man kreist ums Bankgeheimnis, ein grundlegendes Element für viele Schweizer».

Nein aus Bern

So will die EU-Kommission in einem Abkommen über den Zollbetrug eine Generalklausel, die sämtliche Verstösse gegen finanzielle Interessen der EU erfasst. Gemäss economiesuisse könnte das aber auch die Steuerflucht betreffen, bei der die Schweiz keine Rechtshilfe gewährt.

Bei der Zinsbesteuerung möchte die EU die Meldepflicht für Zinserträge von Ausländern einführen. Der Grundsatz gefährdet jedoch das Bankgeheimnis bei Kunden aus EU-Ländern. Dies wird vom Bundesrat abgelehnt.

Künftige Gefahren

Bei Schengen spricht zudem die Schweizerische Bankiervereinigung (SBVG) von der Gefahr einer «Satellisierung der Schweiz». Sie warnt vor Risiken, wenn die Schweiz ohne Mitspracherecht künftiges EU-Recht übernehmen muss. Dabei verweist der Verband auf EU-Absichten, die Amts- und Rechtshilfe auf die direkten Steuern auszudehnen und bei Steuerverstössen die Voraussetzung der doppelten Strafbarkeit – der Strafbarkeit beiderseits der Grenzen – aufzuweichen. Ähnliche Bedenken bestehen im Dienstleistungsbereich.

Allerdings dürfe man «nicht zu sehr dramatisieren», sagt SBVG-Geschäftsleitungsmitglied Claude-Alain Marge-

lich: «Die jetzige Blockade heisst nicht, dass Lösungen nicht gefunden werden». Über Gemeinschaftsrecht müsse verhandelt werden können, oder Brüssel müsse die «Gleichwertigkeit nationaler Gesetzgebungen» anerkennen. Die Annahme, dass Lösungen gefunden werden, ist auch für Läubli «nicht unrealistisch». Er verweist auf die Schweizer Vorschläge zur Zinsbesteuerung (eine Quellensteuer) und zum Zollbetrug (eine Liste der Anwendungsfälle); danach könne sich auch die Tür bei Schengen und den Dienstleistungen öffnen.

Kritik der Linken

Druck aufs Bankgeheimnis kommt indes auch aus der Schweiz: «Unhaltbar» nennt Jean-Philippe Jeannerat, Sprecher der Sozialdemokraten (SPS), die Position der Schweiz. Das Bankgeheimnis müsse nicht völlig aufgegeben, aber eine «Gesetzeslücke» geschlossen werden, dank der sich Ausländer ihrem nationalen Fiskus entziehen könnten.